

Landesschülerausschuss bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie



Landesschülerausschuss
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie •
Bernhard-Weiß-Str. 6 • 10178 Berlin

Vorsitzender
Samuel Vin Goldmann

Geschäftszeichen (bitte angeben)
II C 1.10
Andrea Schreiber

Tel. +49 30 90227-5684
Zentrale +49 30 90227-5050

lsa@senbjf.berlin.de

Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin

17.05.2022

Integration darf nicht scheitern!

Der russische Angriffskrieg bedeutet unfassbares Leid für die Menschen in der Ukraine und zwingt auch zahlreiche junge Menschen zur Flucht, welche im Bildungssystem aufgenommen werden müssen.

Für uns als Landesschülerausschuss steht zuallererst das Wohlbefinden der Geflüchteten im Fokus. Nach einer tagelangen Flucht muss das Augenmerk auf die damit einhergehende psychische Belastung gelegt werden, während andere Maßnahmen sekundär zu behandeln sind. Wir fordern daher niedrigschwellige psychologische Hilfsangebote für die Geflüchteten aus der Ukraine, um die Aufarbeitung eventueller psychischer Belastungen zu gewährleisten. Hierbei müssen die Wartezeiten für die nötigen Terminlichkeiten, wie beispielsweise die medizinische Zuzugsuntersuchung oder der Genehmigungsvorgang der Aufenthaltserlaubnis verkürzt werden.

Nachdem dies geschehen ist, sollte die Integration der Geflüchteten priorisiert werden. Für die Berliner Schulen fordern wir daher die Einrichtung von Willkommensklassen, um den geflüchteten ukrainischen Schüler:innen die deutsche Sprache bestmöglich zu vermitteln.

Zeitgleich sollte die Stoffvermittlung auch in den Willkommensklassen weiterhin stattfinden, was besonders für ältere Schüler:innen, welche in absehbarer Zeit einen Abschluss machen, essentiell ist. Um dies zu gewährleisten, schlagen wir vor, dass in den Willkommensklassen zu gleichen Teilen die deutsche Sprache vermittelt wird und Kernkompetenzen in den anderen Fächern. Letzteres sollte mit Regelklassen bzw. -kursen stattfinden, um die geflüchteten Schüler:innen

nicht zu isolieren, sondern gut in die Schulgemeinschaft einzubinden und Freundschaften zu ermöglichen.

Für Schüler:innen, die kurz vor dem Schulabschluss stehen, sollten alternative Prüfungsformen bedacht werden, um diesen Schüler:innen einen guten Abschluss zu ermöglichen. Hierbei wollen wir das derzeitige Vorgehen loben, nach welchem geflüchtete Schüler:innen kein Abitur zur Studienzulassung an deutschen Hochschulen benötigen und ein Kompetenztest, welcher die Befähigung zum Studium feststellt, ausreicht.

Aus den Willkommensklassen sollten die Schüler:innen, sobald die nötigen Sprachvoraussetzungen existieren, schnellstmöglich in den Regelunterricht aufgenommen werden, denn das ist nach unserer Auffassung die einzige langfristige Lösung, wie die Schüler:innen sinnvoll in die Berliner Schulen einbezogen werden können.

An dieser Stelle bedarf es Personal, das einerseits den Stoff im Unterricht auf Ukrainisch bzw. Russisch und Deutsch vermitteln kann, sowie andererseits geschultes Personal, das im sozialpädagogischen Bereich das Wohlbefinden der geflüchteten Schüler:innen sicherstellen kann. Letzteres ist notwendig, da wir den Umgang von einigen Lehrkräften bis jetzt stellenweise als unsensibel wahrgenommen haben, was keinesfalls zu einer Lösung beiträgt. Durch diese Maßnahme kann der Problematik entgegengewirkt werden.

Hier appellieren wir an die Verantwortlichen und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und bitten um eine schnelle Findung einer Lösung, sowie eine klare öffentliche Kommunikation dieser. Wir begrüßen das Vorgehen der Senatsverwaltung, ukrainische Lehrkräfte für den Einsatz in den Willkommensklassen anzuwerben.

Als geeignete Maßnahme für die Umsetzung der oben genannten Punkte fordert der LSA Berlin die Einrichtung einer Expert:innenkommission, die sich damit beschäftigen soll, wie Schüler:innen der Willkommensklassen am besten in die Schulgemeinschaft eingegliedert werden können. Kernpunkte müssen dabei gemeinsames Lernen, der Erwerb der Deutschen Sprache sowie gemeinsame Projekttag und Austausch an den Schulen sein. Außerdem sollten die Willkommensklassen der vergangenen Fluchtbewegung kritisch reflektiert werden, und der Umgang damit Ausgangspunkt der Betrachtung sein. Teil dieser Expert:innenkommission sollen dabei Vertreter:innen des Landeschülerausschusses, sowie Vertreter:innen aus Willkommensklassen sein.

Wir sprechen uns gegen die Klassifizierung aller Flüchtlinge und nicht nur innerhalb der ukrainischen Geflüchteten aus. Das Konzept soll sprachlich auf Flüchtlinge mit unterschiedlichen Fluchtorten angepasst werden können. Die Menschen aus anderen Krisenregionen flüchten aus einer anderen politischen Situation, allerdings flüchten auch sie vor Gewalt. Daher sollten sie genauso in unserem Bildungssystem unterstützt werden. Wir sollten auch sie integrieren und

ihnen die Möglichkeit auf psychische Hilfsangebote und die Anerkennung ihrer Abschlüsse geben.